Anfrage SVP-Fraktion

19. Januar 2023

Politischer Realitätsverlust beim Stadtpräsidenten?

Im Interview mit den «Wiler Nachrichten» vom 12. Januar zur Affäre um die E-City App sagte der Stadtpräsident, der GPK-Bericht zeige, dass ihm inhaltlich nichts vorgeworfen werden könne. Diese Aussage ist mehr als sonderbar, denn die GPK zieht in ihrem mittlerweile veröffentlichten Bericht das folgende Fazit in Bezug auf die Unregelmässigkeiten, für die der Stadtpräsident die direkte oder indirekte Verantwortung trägt (Auszug aus GPK-Bericht Seiten 10 und 11):

- *Mit der Einsetzung der GmbH als Vehikel werden die parlamentarischen Entscheidungsprozesse umgangen;*
- *Durch die Zerlegung des Projekts in verschiedene Teilprojekte wurden die Finanzbefugnisse missachtet;*
- *Fondsgelder wurden eingesetzt, um bereits getätigte Ausgaben zu decken;*
- *Personalunion des Stadtpräsidenten als Vorsitzenden sämtlicher involvierter Entscheidungsgremien in Bezug auf den Fondsbeitrag von CHF 75'000 an die GmbH;*
- *Mangelhafte Entscheidungs- und Informationsprozesse im Stadtrat;*
- *Fehlende politische Sensibilität;*
- *Aushebelung des Budgetprozesses;*
- *Vermischte Rollen der Akteure Stadt – AG Fussgängerzone – Fondsverwaltung – GmbH, dadurch auch unklare Entscheidungsvorgänge resp. wer was entschieden hat;*
- *Eingegangene Verpflichtungen der Stadt als Vertragspartner von AMMARKT AG sind nicht quantifiziert geschweige denn budgetiert, Ausgabenbeschlüsse ohne Vorbehalt der Bewilligung durch Stadtrat oder Parlament;*
- *Mündliche Vereinbarungen zwischen Hans Mäder und AMMARKT AG betreffend Zahlungsbedingungen resp. Fristen sind rechtlich fragwürdig;*
- *Schaffen von Sachzwängen durch bereits getätigte Aufwendungen;*
- *Die Übernahme einer überschuldeten Firma löst gebundene Ausgaben aus, da die Überschuldung per Gesetz raschmöglichst zu beseitigen ist.*
- *Verwendung von Briefpapier der Stadt Wil um einen Antrag für Stadtfondsgelder für die AG Fussgängerzone, resp. E-City App zu sprechen, welcher aber nur von einer vermutlich nicht zeichnungsberechtigten Person unterzeichnet wurde.*
- *Fehlende Sensibilität in Sachen Abgrenzung von Rechnungs- und Antragsadressen.*

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung von folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die oben erwähnte Aussage des Stadtpräsidenten, die in einem offenkundigen Widerspruch zum Fazit des GPK-Berichts steht?
2. Ist der Stadtrat nicht auch der Meinung, dass der Stadtpräsident mit seinem in den Wiler Nachrichten geäußerten Vorwurf, es handle sich bei der Kritik an ihm nur um ein Wahlkampf-Manöver, von seinem Fehlverhalten ablenken will?

Benjamin Büsser
Präsident SVP-Fraktion